

Es ist Wahl - und keiner geht hin!

Eine Nachbetrachtung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. März 2006

von Ingmar Knop

Sachsen-Anhalt hat gewählt, genauer gesagt: es hat nicht gewählt. Erstmals in der Geschichte bundesdeutscher Landtagswahlen hat sich das aufgerufene Wahlvolk mehrheitlich dazu entschlossen, die Stimmabgabe zu verweigern. Vox populi ist verstummt - und die politischen Bankrotteure der Altparteien feiern sich in gewohnter Arroganz als große Tribunen. Dabei hat das Volk, der Demos, von ihnen nur zu deutlich die „Schnauze voll“, wie es auch auf den Wahlplakaten der DVU zu lesen war. Doch ausgerechnet der Deutschen Volksunion, die die politische Verdrossenheit im Lande erkannt und thematisiert hat, ist der Einzug in den Magdeburger Landtag verwehrt geblieben. Indem vor allem das riesige Potential derer, die mit dem politischen Establishment im bundesrepublikanischen Gegenwartsdeutschland zurecht gebrochen haben, auf einen Urnengang verzichtete, hat die Frustration des Wahlvolkes gerade diejenige politische Kraft bestraft, die allein durch ihre parlamentarische Präsenz für einen bundesweiten Paukenschlag gesorgt und mit einer massiven Antragsflut für eine wirkliche Volksvertretung im Land zwischen Elbe, Saale und Mulde gekämpft hätte. So aber bleibt im ärmsten deutschen Bundesland vermutlich für weitere fünf Jahre alles beim alten. Die „große Koalition“ von Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) und seinem neuen Mehrheitsbeschaffer Jens Bullerjahn (SPD) vertritt zwar zusammen nicht mehr als ein Viertel der Wahlbevölkerung Sachsen-Anhalts, doch war bereits am Wahlabend von einem eindeutigen Regierungsauftrag für schwarz-rot die Rede. Alles in allem weckt das arrogante Gebaren der Altparteien durchaus die Erinnerung an die genossenschaftliche Selbstverherrlichung zum 40. Jahrestag der kurz darauf untergegangenen DDR. Doch auch im real existierenden Sozialismus war es am Ende der von den Menschen getragene Wille zur Veränderung, der erst die Köpfe, dann die Straße und jedenfalls kurzzeitig auch die Parlamente beseelte. Es bedarf eben nicht nur der Stimmenthaltung oder des gepflegten Wohnzimmerprotestes, sondern eines kollektiven Aufschreis, der die vielen Lüfte und Winde der Frustration zu einem gewaltigen Sturm zusammenführt, der erst die Kraft besitzt, ein marodes System hinwegzufegen. Denn ein wirkliches Fanal entsteht nie aus einem „dagegen“, sondern immer nur aus einem geeinten „dafür“. Mit Wahlabstinz allein ist nichts gewonnen. Vor diesem Hintergrund kann die offene Verweigerung des Gehorsams, wie sie im mehrheitlichen Nichtwählen zum Ausdruck kommt, nur ein Anfang sein. Zwar wird es nun in Magdeburg einen Landtag geben, dessen Mitglieder aufgrund der undemokratischen Fünf-Prozent-Hürde nur noch ganze 38

Prozent der Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts repräsentieren. Doch es gibt ihn, und die Zahl seiner Sitze hängt mitnichten davon ab, wieviele Menschen dem Wahlgang ferngeblieben sind. Ebenso werden die horrenden Gelder, die Monat für Monat an etablierte Abgeordnete und ihre millionenschweren Beraterstäbe zur Fortführung ihrer volksfeindlichen Politik gezahlt werden, unvermindert weiterfließen, wenn nur - und darauf darf gewettet werden - die Profiteure dieses undemokratischen Treibens sich selbst ihre Stimme geben.

Demokratie à la BRD braucht das Volk nicht. Das Volk aber braucht endlich einen funktionierenden Staat, dessen Vertreter auf seine Interessen nicht nur verpflichtet sind, sondern für den Fall ihrer erwiesenen Untauglichkeit die Futterkrippen der Macht zu räumen haben! Der nationalen Bewegung muß es gelingen, 1. die Erkenntnis der Unsinnigkeit des Nichtwählens in aller Deutlichkeit zu vermitteln und 2. als diejenige Kraft wahrgenommen zu werden, die allein in der Lage ist, das System des friedlichen Begaunerns „jeder gegen jeden“ in eine wahrhaftige Volksgemeinschaft umzuformen. Erst dann hat das bekannte Frühlingslied wieder vollends Berechtigung: „Der Mai ist gekommen!“